Persönliche Kopie vom 04.11.2026 / ruettimann.r@bluewin.ch

Stadt-GPK kritisiert Finanzdirektion

Die Geschäftsprüfungskommission will das Budget 2027 der Stadt Schaffhausen um rund 830'000 Franken entlasten und die Lohnerhöhungen für das Personal halbieren. Ungewöhnlich scharf kritisiert sie den Kanton und Finanzdirektorin Stamm Hurter.

Mark Liebenberg



Nächste Woche beugt sich das Stadtparlament über das Budget 2027 der Stadt – die GPK hat bereits vorgespurt. Bild: Melanie Duchene

SCHAFFHAUSEN. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Grossen Stadtrats hat das Budget 2027 und den Finanzplan bis 2030 in drei Sitzungen für die Budgetsitzung am 10. November vorberaten. Dabei stellte sie 270 schriftliche Fragen, im Vorjahr waren es noch 221 gewesen. Ein Fokus lag auf der Frage, wie stark die Unternehmenssteuern in den kommenden Jahren einbrechen könnten. Die Kommission wollte dazu auch Fachleute des Kantons persönlich befragen. Doch daraus wurde nichts.

GPK-Präsident Thomas Stamm (SVP) wandte sich zunächst mündlich an Regierungspräsidentin Cornelia Stamm Hurter (SVP), die als kantonale Finanzdirektorin amtet. Diese verwies ihn auf ein schriftliches Gesuch an den Regierungsrat. Ein Gespräch mit Steuerverwaltungsleiter Andreas Wurster und Wirtschaftsförderer Christoph Schärrer wurde aber abgelehnt. Stattdessen wurden schriftliche Fragen verlangt. Die GPK lieferte rasch einen Katalog mit rund 17 Punkten und erhielt Ende Oktober die Antworten.

«Konsterniert» über Antworten

Dass ausgerechnet ein SVP-Grossstadtrat mit einer SVP-Regierungspräsidentin auf keinen grünen Zweig kommt, wirft erneut ein Licht auf das zerrüttete Verhältnis zwischen der städtischen und der kantonalen SVP. In diesem Fall steht allerdings die gesamte siebenköpfige GPK hinter Thomas Stamms Kritik: «Die GPK nahm das Antwortschreiben konsterniert zur Kenntnis und stellte fest, dass keine klaren Antworten auf die Fragen gegeben wurden», kritisiert der GPK-Bericht. Für die Stadt stehe nämlich viel auf dem Spiel. Sie ist der wichtigste Standort für Unternehmenssteuerzahler im Kanton und muss gleichzeitig grosse Infrastrukturprojekte finanzieren. Der Selbstfinanzierungsgrad liege derzeit bei schwachen elf Prozent. Ein massiver Einbruch der Firmensteuern würde die Stadt deshalb «an der Achillesferse treffen», warnt die GPK. Die Investitionen kämen zudem nicht nur der Stadt, sondern der Attraktivität des ganzen Kantons zugute.

Um die finanziellen Risiken beurteilen zu können, brauche die Stadt verlässliche Informationen aus der Kantonsverwaltung: Dort, in der Finanzverwaltung, ist das Steuerwissen über alle Gemeinden im Kanton gebündelt. Ob der Regierungsrat diese liefern wolle, bezweifelt die Kommission inzwischen offen. «Rückblickend ist dieser Wille nicht spürbar, was insbesondere die GPK sehr befremdet.»

Weniger Lohnerhöhung, weniger Stellen

Auch beim Budget selbst setzt die GPK den Rotstift an. Sie beantragt, die Lohnsumme des städtischen Personals 2027 nur um 0,5 statt um ein Prozent zu erhöhen. Ausserdem will sie mehrere vom Stadtrat beantragte Stellenaufstockungen streichen. Betroffen sind unter anderem kleinere zusätzliche Pensen im Lehrlingswesen, in der Schulsozialarbeit im Schulhaus Steig, im Baureferat, beim Gebäudemanagement der Kammgarn und bei der Spielplatzkontrolle.

Damit und mit weiteren Anpassungen soll das budgetierte Defizit um insgesamt 829'400 Franken auf rund fünf Millionen Franken sinken.

Noch weiter gehende Sparanträge fanden dagegen keine Mehrheit. Insgesamt sieben Anträge auf Stellenkürzungen, unter anderem beim Museum zu Allerheiligen, in der Kulturförderung, der Stadtplanung sowie im Tiefbau und Verkehr, lehnte die Kommission ab. Auch ein Antrag zur Streichung von 1,1 Millionen Franken für das städtische Energieförderprogramm scheiterte. Einzelne Entscheide fielen mit nur einer Stimme Unterschied.

Zusätzliches Geld fürs Stadtmodell

Beim Steuerfuss folgt die Kommission dem Stadtrat. Er soll für natürliche Personen bei 83 und für juristische Personen bei 93 Prozentpunkten bleiben. Eine weitere Steuersenkung lehnte die GPK angesichts der unsicheren Aussichten ab. Sie würde die Einnahmen sofort schmälern, während sich mögliche positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort erst langfristig zeigten. Hinzu kommen erwartete Mindereinnahmen durch die bereits beschlossene Senkung der Vermögenssteuer.

Eine zusätzliche Ausgabe hat die Kommission hingegen ausdrücklich ins Budget aufgenommen: 70'000 Franken für das grosse hölzerne Stadtmodell von Schaffhausen. Das rund neun mal zehn Meter grosse Modell soll in der Stahlgiesserei dauerhaft öffentlich zugänglich werden. Dafür braucht es einen fahrbaren Unterbau, mit dem sich die einzelnen Teile bei Bedarf auseinanderziehen und bearbeiten lassen.

Die siebenköpfige GPK setzt sich aus Daniela Furter (Grüne), Romina Loliva und Thomas Weber (beide SP), Daniel Spitz (GLP), Res Hauser und Thomas Stamm (beide SVP) sowie Christian Mundt (FDP) zusammen.

Zuschriften

KOMMUNALE ABSTIMMUNGEN

Realistisch und bezahlbar

Braucht es eine Abstimmung zum Verkauf des Rhigüetli? Ja, das ist rechtlich so geregelt. Braucht es eine Volksinitiative, um den Verkauf zu verbieten? Nein, das ist absolut unnötig, doppelspurig und teuer. Darum taugen die Argumente des Initiativkomitees nichts:

1. Boden ist unvermehrbar: Das stimmt. Aber bei einem allfälligen Landtausch mit gleichen Flächen verliert die Stadt kein Land.

2. Langfristige Ertragssicherung: Die Baurechts- und Pachtzinsen reichen bei Weitem nicht aus, um die künftig notwendigen Investitionskosten zu decken. Ich empfehle dem Initiativkomitee sowie allen Befürwortern, sich dringend mal unsere Jahresrechnung anzusehen.

3. Handlungsfreiheit für kommende Generationen: Diese würde bei einem Ja zur Initiative sogar erheblich eingeschränkt werden. Sollte man später zum Schluss kommen, dass zum Beispiel ein Verkauf an die Windler-Stiftung oder ein Abtausch mit Land, welches für die Stadtentwicklung zentral wäre, die perfekte Lösung ist, so wäre das aufgrund der Initiative nicht mehr möglich.

4. Demokratische Mitbestimmung: Die Bevölkerung bestimmt so oder so über das Rhigüetli. Dafür braucht es keinen Verfassungszusatz. Ansonsten müssten wir auch die Burg Hohenklingen, das Rathaus oder andere wichtige Grundstücke in die Verfassung aufnehmen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Initiative ist unnötig und schädlich und wird hoffentlich abgelehnt. Ein Nein zur Initiative bedeutet zudem nicht, dass einem das Rhigüetli nicht am Herzen liegt. Aber künftige Nutzungen sollen realistisch und bezahlbar sein.

Marco Suter, Einwohnerrat Stein am Rhein

Eine soziale Stimme für Stein am Rhein

Wir leben seit über 50 Jahren in Stein am Rhein und haben gesehen, wie sich unser Städtli verändert hat. Nicht alles davon war gut: Bezahlbarer Wohnraum wird knapper, und gerade ältere Menschen fühlen sich manchmal vergessen. Angela Sawalt sieht das. Als Beiständin im Auftrag der KESB setzt sie sich seit Jahren für Menschen ein, die Unterstützung brauchen. Genau solche Menschen braucht es im Einwohnerrat in Stein am Rhein: jemanden, der zuhört und dafür sorgt, dass Jung und Alt hier gut leben können. Darum geben wir Angela Sawalt am 29. November unsere Stimme.

René und Ida Meile, Stein am Rhein

Angela Sawalt in den Einwohnerrat

Sozial engagiert mit Erfahrung in wirtschaftlichen Belangen, so lässt sich Angela Sawalt in einem Satz beschreiben. Ob als Beiständin, Klassenassistenz oder ehrenamtliche Mitarbeiterin in Nonprofitorganisationen: Sie bringt ihre Lebenserfahrung und ihr Engagement ein. In ihrer Tätigkeit als selbstständig Erwerbende und als Bankkundenberaterin kennt sie die Sorgen von Gewerbetreibenden auch aus eigener Berufserfahrung. Zuhören, Lösungen suchen, anpacken und für ihre Überzeugung einstehen, das will sie auch im Einwohnerrat. Ein lebendiges Stein am Rhein braucht eine gute Schule, eine gute soziale Infrastruktur für die Menschen jeden Alters, aber auch ein starkes lokales Gewerbe. Wir wählen Angela Sawalt aus dieser Überzeugung in den Einwohnerrat.

Beatrice und Peter Spescha, Stein am Rhein

Rolf Meyer – eine Bereicherung für den Einwohnerrat

Mit Rolf Meyer kandidiert eine engagierte, erfahrene und kompetente Persönlichkeit für den Einwohnerrat von Stein am Rhein. Sein Engagement geht weit über sein Fachgebiet der Gesundheitspolitik hinaus.

Er interessiert sich für zahlreiche gesellschaftliche und politische Themen und setzt sich mit grossem Einsatz für seine Überzeugungen ein. Rolf Meyer hat sich als geschätzte Führungspersönlichkeit bewährt. Er versteht es, Verantwortung zu übernehmen, konstruktiv im Team zusammenzuarbeiten und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln.

Ich bin überzeugt, dass Rolf Meyer mit seiner Erfahrung, seinem Fachwissen und seiner Persönlichkeit eine wertvolle Bereicherung für den Einwohnerrat von Stein am Rhein sein wird.

Deshalb meine persönliche Wahlempfehlung: Geben Sie Rolf Meyer Ihre Stimme!

Andreas Henniger, Neuhausen